

Presseinformation

6. April 2006

Schabl zu Weltgesundheitstag 2006

19.000 Beschäftigte arbeiten in Spitälern und Heimen

Der Weltgesundheitstag wird seit 1950 jährlich am 7. April begangen, dem Gründungsdatum der Weltgesundheitsorganisation (WHO) im Jahr 1948. Dieses Jahr steht der Weltgesundheitstag unter dem Motto: „Menschen für Gesundheit – die Gesundheitsberufe“. Die WHO, deren wichtigste Funktion die internationale Koordinierung und Richtungsweisung im Gesundheitsbereich sowie die fachliche Zusammenarbeit und die Unterstützung der Mitgliedsländer umfasst, hat derzeit 192 Mitgliedsländer. „Hauptziel ist das Erreichen des höchstmöglichen Gesundheitsniveaus für alle Völker. Erhebungen und Analysen von Krankheitsdaten, Informationen zu akuten Gesundheitsgefahren, Impfprogramme, Entwicklung internationaler Standards, jährliche Gesundheitsberichte, nationale und internationale Schwerpunktprogramme, Maßnahmen der Gesundheitsförderung sowie Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen sind die wichtigsten Tätigkeitsbereiche“, betont Landesrat Emil Schabl zum morgen stattfindenden Weltgesundheitstag. „4.000 MitarbeiterInnen der WHO sind weltweit im Einsatz.“

Der Weltgesundheitstag beschäftigt sich 2006 mit der großen Bedeutung der mehr als 35 Millionen Menschen, die weltweit im Gesundheitssektor beschäftigt sind. In Niederösterreich arbeiten allein 19.000 Beschäftigte des Landes in den Landesspitälern und Heimen für die Gesundheit und das Wohlergehen der NiederösterreicherInnen. „Ärzte, Pflegepersonal, Therapeuten, Apotheker und viele mehr sind ohne Frage eine überaus bedeutsame Ressource, wenn es um die Erhaltung und Förderung von Gesundheit geht. Niederösterreich übernimmt hier mit seinen Krankenhäusern und seinen Gesundheits- und Krankenpflegeschulen eine wichtige Verantwortung“, meinte Schabl. „Die Praktika der Ärzte in den Krankenhäusern, die ständige Weiterentwicklung der Ausbildung an den Gesundheits- und Krankenpflegeschulen sowie ein umfangreiches Angebot an Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen sorgen dafür, dass wir den Patientinnen und Patienten bestmögliche Versorgung bieten können. Weiters einzufordern bleibt jedenfalls auch die Verantwortung des Bundes betreffend der Realisierung einer 15a-Vereinbarung zur Implementierung der Sozialberufe auf Grundlage des Bildungskonzepts für Gesundheits- und Sozialberufe sowie die

Presseinformation

Übernahme in das Regelschulwesen“, so Schabl abschließend.